Die
Posener Zeitung
erscheint täglich mit Ausnahme
Montags.

Bestellungen
nehmen alle Post-Anstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Das
Abonnement
beträgt vierteljährl. für die Stadt
Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen
1 Rthlr. 7 sgr. 6 pf.

Insertionsgebühren
1 sgr. 3 pf. für die viergespaltene
Zeile.

№ 6. Dienstag den 8. Januar. 1850.

Inhalt.

Bekanntmachung.

Mittwoch den 9ten d. Nachmittags 3 Uhr öffentliche Sitzung der Stadtverordneten. Gegenstände der Verhandlung: die Grabenbrücke und die Beibehaltung der Städteordnung. G. Müller.

Berlin, den 6. Januar. Se. Maj. der König haben Allergnädigst geruht: Dem Kaiserl. Oesterreichischen Oberst-Lieutenant Heiter, Platz-Kommandanten von Mainz, und dem Kaiserlich Oesterreichischen Hauptmann Hein vom Infanterie-Regiment Erzherzog Stephan den Rothen Adler-Orden dritter Klasse; so wie dem Kaiserlich Oesterreichischen Hauptmann Matzal, Offizier vom Platz in Mainz, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse zu verleihen.

Se. Excellenz der Wirkliche Geheime Rath Graf von Renard, ist von Groß-Strehlitz, der Resident bei der freien Stadt Frankfurt a. M., Geheime Legations-Rath Balan, von Frankfurt a. M., und der Französische General Lamoricière, von St. Petersburg hier angekommen. — Se. Durchlaucht der Fürst Heinrich LXXIV. zu Reuß-Schleiz-Köstritz, ist nach Jänkendorf abgegangen.

Die Königl. Genehmigung zur Errichtung einer Handels-Kammer für den Kreis Altena im Regierungs-Bezirk Arnsberg, die ihren Sitz in der Stadt Lüdenscheid nehmen wird, ist erfolgt.

Berlin, den 7. Jan. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Landrathe und Kammerherrn, Grafen Friedrich von Frankenberg zu Bunzlau den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub; dem bisherigen Abtheilungs-Dirigenten bei dem Polizei-Präsidium zu Berlin, Geheimen Hofrath Falkenberg, den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; dem bisherigen Secretair des Provinzial-Schulkollegiums in Stettin, Kanzleirath Grandorff den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Schullehrer Krey in Gerfin und dem Polizei-Sergeanten Karl Ludwig Friedrich zu Köln das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen, und mittelst Allerhöchsten Erlasses vom 22. December 1847 dem Hauptmann im Ingenieur-Corps Wilhelm Jacob Loehr zu gestatten, den Namen von Kirn und das von Kirnsche Wappen anzunehmen.

Se. Königliche Hoheit der Prinz Friedrich ist von Dessau, und Herzoglich Braunschweigische Kriegs-Minister, Oberst von Morgenstern, von Magdeburg hier angekommen.

Politische Wochenschau vom 1. bis 6. Januar.

Eine Woche ging bereits im neuen Jahre ruhig dahin und die Zeit liegt glücklich hinter uns, wo 8 Tage oft mehr Ereignisse brachten, als eben so viele Jahre vorher. — In dem Ueberstürzen der Ereignisse lag es aber gerade, daß, so schnell sie gekommen, sie auch wieder eben so schnell verschwanden, und nur ein Gefühl der Unbehaglichkeit zurückließen. Die Gegenwart ist aber, wenn auch nicht schnell und feurig, wie ein Meteor emporsteigend, dennoch in ihren Folgen von weit größerer Bedeutung, als die Leuchtkugeln des Jahres 1848 es waren. Ernst besonnen geht man jetzt dem Ziele entgegen. — Am deutschen Volke selbst liegts, werden seine Hoffnungen, seine Wünsche, die es für eine wahrhaft feste Einigung des Gesammt-Vaterlandes gehegt, nicht in Erfüllung gehen. Durch die Auflösung des Frankfurter Parlaments entstand, bei dem noch factischen Bestehen des deutschen Bundes, Mangel an einer Leitung, die wieder ersetzt werden mußte. Eine neu errichtete Centr.-Bundes-Kommiss., unter Leitung von Preußen und Oesterreich, hat seit dem Abtreten des Erzhz. Johann die Funktionen übernommen, die nöthig waren, um den Organismus nicht in ein Stocken gerathen zu lassen. Sie hat sich bereits vollständig organisirt und mehrfache Lebenszeichen von sich gegeben, indem sie 1) An die Schweiz das bestimmte Begehren gestellt, die politischen Flüchtlinge auszuweisen. — Es mag dies hart erscheinen, allein man bedenke, ob Deutschlands Ruhe, die so oft von dort gestört, diese Forderung nicht stellen mußte. 2) Hat sie beschlossen, Herrn v. Bülow, den Dänemark zu seiner Vertretung senden will, nicht anzunehmen. 3) Hat sie sofort Schritte gethan, um die militairische Bundes-Verfassung wieder herzustellen. Neben dieser Central-Bundeskommission wird nun in Erfurt eine Versammlung zusammentreten, die für diejenigen Theile Deutschlands, die sich freiwillig dem Dreikönigsbündniß angeschlossen, eine Verfassung berathen, resp. revidiren soll. — Seit dem Moment, wo in allen Gauen Deutschlands der Wunsch nach einer wahren, festen Einigung entstand, bildete sich auch zugleich eine Fraction, die, das Schwierige voraussehend, zu einem engeren Bundesstaate rieth — Klein-Deutschland genannt. Oesterreich widerstrebte dem sogenannten Großdeutschland ebenfalls, da es wegen seiner Unbedeutendheit als deutscher Staat (denn nur die eigentlichen Erbländer hätten ihm ein Anrecht als solchem gegeben) nicht hoffen konnte, an die Spitze zu treten, und zu eifersüchtig ist, um Preußen diesen Platz einzuräumen. Preußen, dem es nun zuerst gelang, im Strom der Revolution einen festen Ankergrund zu gewinnen, schloß mit Hannover und Sachsen am 26. Mai v. J. den Dreikönigsbund. — Beide Länder, die in der Zeit der Noth und Gefahr freudig die dargebotene Hand mit dem schützenden Schwerdte annahmen, diese beiden verlassen treulos das Bündniß, Preußens Uebergewicht fürchtend, dem sie im vorigen Jahre ihre Existenz verdankten! — In Vereinigung mit Oesterreich und Baiern haben beide gegen den Erfurter Reichstag protestirt. — Werfen wir aber nun einen flüchtigen Blick auf die letztvergangenen Wochen in den verschiedenen Ländern Deutschlands, so sind es folgende Ereignisse, die von einer gewissen Wichtigkeit sind, oder für die Zukunft werden können.

Sachsen, dessen Regierung, um Preußen zu schwächen sich dem Oesterreichischen Staate zuwendet, ist in 2 Parteien getheilt, von der die Eine, unter Leitung des vormaligen Ministers v. Carlowitz, sich entschieden zu Preußen neigt. Unbestimmte Gerüchte melden, daß dieser Staatsmann berufen werden würde, ein neues Ministerium zu bilden, in welchem Falle allerdings wohl Sachsen eine andere Politik verfolgen, und sich wieder dem Dreikönigs-Bündniß zuwenden würde. — Das jetzige Ministerium v. Beust hat, um gegen alle Eventualitäten geschützt zu sein, Oesterreich veranlaßt, eine ziemlich bedeutende Truppenmasse an der Böhmisch-Sächsischen Grenze zu concentriren. — Diese Demonstration, diese Nähe der Oesterreicher hat nun aber gerade die Sympathieen für Preußen im Lande bedeutend erweckt, selbst die Demokratie sagt: Muß man einmal zwischen 2 Uebeln wählen, so wollen wir lieber unter den Preußischen Schutz fliehen, dessen milde Strenge im Vergleich zu Oesterreichs Grausamkeit sie im Mai v. J. kennen gelernt haben.

Hannover, wenn auch Preußens Uebermacht fürchtend, neigt sich dennoch nicht so entschieden zu Oesterreich. — Gerüchte sagen sogar, daß es den Erfurter Reichstag beschicken wolle. — Seit dem 1. Januar sind hier die Schwurgerichte ins Leben getreten und hat es in einer Note das Frankfurter Interim unter Leitung Preußens und Oesterreichs anerkannt. — In Bayern protestirt man gegen die Emancipation der Juden, und bereitet ein neues Anlehen vor. Die Ernennung des Herrn v. d. Pfordten giebt den Beweis, daß hier für Preußen nichts zu hoffen. Mecklenburgs Stand der öffentlichen Verhältnisse ist verwickelter denn je — die Auflösung des engern Ausschusses zu Rostock, in dem man gegen die neue Verf. scharf demonstrirt, ist mit militairischer Gewalt erfolgt; derselbe hat sich nach Strelitz begeben, um dort weiter zu tagen. — In Würtemberg hat der König die Kammern aufgelöst, da sie verlangt, die Regierung solle dem deutschen Bunde gegenüber eine vollkommen feindliche Stellung einnehmen. — Erfreulich sind zwei Kundgebungen des Landes, sie zeugen für das Wiedererwachen des gesunden Sinnes. In Stuttgart nämlich trägt man Bedenken, ob man die Bürgerwehr ins Leben treten lassen solle und zweitens hat der Vaterlands-Verein sich für den Erfurter Reichstag erklärt. — In Baden haben 22 Mitglieder von der früheren Majorität der Badischen Kammer, darunter Bassermann, Soiron, Welcker eine Ansprache erlassen, in der sie auffordern, Behufs eigener Sicherung sich dem Bündniß vom 26. Mai anzuschließen und nach Erfurt zu wählen. — Schleswig. Sollen wir es oder können wir es zu Deutschland zählen? — Nun wenigstens hat die Central-Bundes-Kommission dem Herrn von Harbou bei seiner Abreise versichert, daß sie die Rechte der Herzogthümer auf das Kräftigste wahren und vertreten würden. — Die Vertrauensmänner sind nach Kopenhagen sogar abgereist, um sich über ein neues Interim für die Herzogthümer zu verständigen. — Wegen Instruction zu den Friedensunterhandlungen hat die Statthalterschaft der Landesversammlung freie Hand gelassen. — Die Schwedischen Truppen sollen in sehr schlechtem Einvernehmen mit den Einwohnern des nördlichen Schleswigs stehn, indeß das Verhältniß zu den Preußischen wieder ein besseres ist. — Auf Alsen stehen 18,000 Dänen, und scheint man daher dort auf alle Eventualitäten gefaßt zu sein. — Dessau. Die Herzogin, eine geborne Prinzessin v. Preußen, ist nach achttägigem Krankenlager am Schlagfluß gestorben.

(Schluß folgt.)

Deutschland.

⊙ Berlin den 4. Januar. Ich beeile mich, Ihnen zu melden, daß die Differenz zwischen dem König und dem Ministerium so gut als beigelegt ist. Obwohl die näheren Details noch nicht bekannt geworden sind, so läßt sich diese Wendung der Dinge doch als ein wichtiger Sieg des Ministeriums über die Partei Gerlach bezeichnen. Die Minister hatten die Gründe entwickelt, welche für die sofortige Beschwörung der Verfassung sprachen und dem König erklärt, daß sie, falls dieselbe unterbleiben sollte, auf ihren Posten nicht mehr zu bleiben vermöchten. Es muß ihnen gelungen sein, Se. Majestät zu überzeugen. Jedenfalls ist die Gefahr eines Ministerwechsels als glücklich vorübergegangen zu betrachten. Diese Entscheidung der Krisis wird nach zwei Seiten hin von den besten Folgen begleitet sein. Das Ministerium erscheint neu gestärkt gegenüber den Einflüssen der genannten Partei, und andererseits werden sich die verschiedenen konservativen Fraktionen um so einmüthiger um das Ministerium schaaren, denn die bloße Möglichkeit, dasselbe zu verlieren, hat in allen wieder das Gefühl erweckt, wie viel ihm bereits verdankt werde, und wie unentbehrlich es sei zur Durchführung einer für Preußen und Deutschland gleich ersprießlichen Politik. Ueber die Partei Schwerin-Beckerath ist neulich verbreitet worden, sie wolle als Minimum ihrer Forderungen diejenigen Paragraphen des deutschen Verfassungsentwurfs, welche mit den entsprechenden der Frankfurter Verfassung übereinstimmen, ohne Revision festhalten. Dies wird aber von der Partei selbst auf das entschiedenste zurückgewiesen und vielmehr als Mittelpunkt ihrer Bestrebungen die Forderung hingestellt: es solle gleich beim Zusammentritt des Reichstags der Verfassungs-Entwurf en bloc angenommen werden, unbeschadet späterer Revision. Dies ist ein Vorschlag, der hier in allen deutsch-gesinnten Kreisen mit lebhaftestem Beifall aufgenommen wird.

⊙ Berlin den 5. Januar. Wenn die Gefahr eines Ministerwechsels jetzt als beseitigt zu achten ist, so sind doch die Differenzen, die zwischen dem König und dem Ministerium obgewaltet haben, noch nicht in ihrem ganzen Umfange gehoben. Der König soll in dem letzten Ministerrath eine ergreifende Rede zu Gunsten der von ihm gestellten Forderungen gehalten haben. Er will eine erbliche Pairie und ist daher gegen den Paragraphen der Verfassung, durch welchen die Familien-Fideikommisse aufgehoben sind. Ueber die Schwurformel und die in ihr zu machenden Vorbehalte behufs künftiger Veränderungen finden noch Verhandlungen statt. Eine Einigung ist mit Bestimmtheit zu erwarten, und wenn diese erfolgt ist, wird unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine Verständigung mit den Kammern leicht sein. — Ich habe Ihnen geschrieben, daß die Partei Schwerin-Beckerath erklärt hat, dahin wirken zu wollen, daß der deutsche Verfassungs-Entwurf in Erfurt en bloc, vorbehaltlich der Revision, angenommen werde. Wie man hört, ist das Ministerium nicht für dieses Verfahren, weil die Verhältnisse seit dem Mai v. J. andere geworden sind. Von seiner Seite wird gewünscht, daß die Versammlung in Erfurt das bestehende Bündniß erwäge und für die jetzt verbundenen Staaten, allerdings mit Rücksicht auf den künftigen Beitritt der Königreiche, die deutsche Verfassung feststelle.

Berlin, den 4. Jan. (Berl. N.) Der Tod der Frau Herzogin von Anhalt-Dessau, der bei Hofe innigen Schmerz hervorgerufen hat, ist auch in politischer Hinsicht nicht unwichtig. Die hohe Verblichene war eine der intimsten Freundinnen der Kaiserin von Rußland und stand mit dieser in fortwährendem Briefwechsel. Durch die Briefe der verstorbenen hohen Frau sind manche Schilderungen, manche Ansichtsäußerungen über Deutsche Verhältnisse nach Petersburg gekommen. — Am 15. December passirte eine Hofequipage den Weihnachtsmarkt, in der sich eine junge auswärtige Prinzessin befand. Als der Wagen einen Augenblick still stand, sprang ein Mann auf den Tritt desselben, und sah in das offene Kutschenfenster hinein, indem er eine gleichgültige Frage that. Der Mann wurde festgenommen. Es soll ein Arzt von außerhalb sein.

— (Nat.-Z.) Die mißbilligende Zuschrift, welche der Justizminister kürzlich an den Geh. Justizrath Taddel auf Veranlassung des Waldeckschen Prozesses hat gelangen lassen, enthält nicht bloß eine Rüge gegen diesen Vorsitzenden des Schwurgerichts, sondern gegen das ganze Richterkollegium. Der Gegenstand der Mißbilligung ist aber lediglich das „unangemessene“ Verhalten des Gerichtshofes gegenüber der Forderung des Herrn Sethe, die Anklage durch zwei Staatsanwälte vertreten zu lassen.

— (Const. Z.) Ueber das Original-Schauspiel „Der Genius und die Gesellschaft“ verlautet jetzt schon Näheres. Die Vossische und Spenersche Zeitung schießen auf höheres Commando zugleich los; man sieht, das Lesecomité versteht eine Sache zu poussiren, wenn es nur will. Baron v. Gall, Intendant in Stuttgart, hat, wie er an Prof. Rötscher schreibt, viele Scenen „mit angehaltenem Athem“ gelesen. Breslau, Dresden, Kassel und Weimar werden das Meisterwerk eines unbekannten Meisters aufführen; so berichten die Herren Rellstab und Spiker. In der That sollen die Wirkungen dieses Drama's unglaublich sein. Bereits wird eine Uebersetzung in das Italienische, Neugriechische und Türkische vorbereitet, um die Aufführung an allen den Orten, die Lord Byron, der Held des Stückes, in seinem letzten Lebensjahre bewohnt hat, möglich zu machen. Ada, die geliebte Tochter Byron's hat bei Prof. Rötscher zehntausend Pfund Sterling deponirt, zahlbar an den Verfasser oder die Verfasserin, und die Mitglieder des Lesecomité's haben sich erboten, für die drei ersten Vorstellungen, zu denen natürlich keine Billets mehr zu haben sind, Personen aus illustren Kreisen auf den Schooß zu nehmen, um so Genuß und Tantieme zu verdoppeln. Peter v. Cornelius wird die Decorationen entwerfen und schon jetzt werden hundert Claqueursfelle geferbt, um nach so vielem Zeitungsklatsch, am Abende der Entscheidung auch den Theaterklatsch mit Erfolg zu handhaben. Der Verfasser der Tiphonia (gest. zu Odermühl 1615 oder 16), der einst mit nicht weniger Lärm, als „Shakespeare seiner Zeit“, ausgekreischt worden ist, soll seit jener Zeit einem Anflug von Tiefsinn erlegen sein und beschlossen haben, sich nach Odermühl zurückzuziehen, um dort in ländlicher Stille philosophische Betrachtungen über den Wechsel der Kritikgunst und die Feilheit verschiedener Personen anzustellen. — Die thätige Verlagshandlung von A. Hoffmann hat ein niedliches Büchlein: Spielereien für den Nipptisch edirt, das mit leichten und zierlichen Illustrationen von Scholz ausgestattet ist. Die Phantasie an Gerson hat bereits vielen Beifall gefunden. — Der zum Direktor der Königlichen Charité ernannte Geh. Medizinalrath Dr. Horn wurde vor einigen Tagen durch den Abtheilungs-Dirigenten im Cultusministerio, Herrn Lehnert in sein neues Amt eingeführt. Herr Dr. Horn hat bereits seine Wohnung in dem Gebäude der Charité bezogen. — Die Ausgabe der gedruckten Protokolle über die Verhandlungen des Universitäts-Congresses steht in einigen Tagen bevor.

Berlin, den 5. Januar. (Nat.-Ztg.) Die von dem Corr.-Bureau gegebene Nachricht, daß durch die Bestellung des Polizeiraths Herrn Sebald zur Ueberwachung der Volksvereine und die anderweitige Verwendung des Schutzmanns-Wachtmeister Kaiser fortan eine gewisse Rücksicht der Behörden gegen das Vereinigungsgesetz eintreten werde, scheint unbegründet zu sein. Wenigstens hat Hr. Kaiser am 3. Januar eine gesellige Versammlung des 5. Volksvereins, und am 4. Januar auch den 2. Volksverein aufgelöst, und es scheint als werde mit dem neuen Jahr eine neue Praxis befolgt, die so wenig in dem Vereinsgesetz begründet ist, als die bisherigen Auflösungen

Die Sitzung des zweiten Volksvereins wurde gestern von Herrn Berends (fr. Abgeordneten) mit der Mittheilung eröffnet, daß der Ober-Staats-Anwalt die Beschwerde des Vorstandes über die gewaltsame Auflösung des Vereins vom 9. November zurückgewiesen habe, und daß jetzt nur noch die Beschwerde an den Minister der Justiz übrig bleibe. Auf der Tagesordnung stand die Frage über die Gewerbefreiheit. Diese gab zu einer interessanten und belebten Debatte Veranlassung, an der sich erfreulicher Weise auch viele Handwerker betheiligten. Während des Vortrags sprang plötzlich Herr Kaiser auf und erklärte, daß er dem Redner das Wort nehme. Herr Berends erwiderte, er könne hierzu Herrn Kaiser kein Recht anerkennen, da das Gesetz vom 9. Juni den Abgesandten der Polizei nirgends eine solche Befugniß einräume, sondern nur die, bei Anträgen und Vorschlägen zu strafbaren Handlungen die Versammlung aufzulösen. Hr. Kaiser bestand trotz dieser Auseinandersetzung, welche mit der größten Ruhe durch Hrn. Berends geführt wurde, auf seinen Willen und es zeigte sich darüber leider eine große Unruhe in der Versammlung, welche Herr Berends vergeblich ganz zu beschwichtigen suchte; ein Anwesender ließ sich sogar verleiten den Ruf: „Schmeißt ihn heraus!" auszustoßen. Kaiser benutzte die ihm dargebotene Gelegenheit sogleich, und sprach die Auflösung des Vereins, zu gleicher Zeit aber auch die Verhaftung des Herrn Berends aus! — Die Mitglieder des Vereins trennten sich ruhig, obgleich nach und nach noch vier Personen außer Hrn. Berends, wir wissen nicht aus welchem Grunde, verhaftet wurden. (Wie wir erfahren, ist Herr Berends erst heut Vormittag seiner Haft entlassen worden.)

— Eine definitive Beschlußnahme über die beabsichtigte Verlegung der Kriegs- und Artillerieschulen ist bis jetzt nicht erfolgt. — Der Schutzmannschaft soll durch einen neueren Parolbefehl angezeigt sein, das ihr Fortbestehen in bisheriger Art und Weise vorläufig auf 2 Jahre definitiv festgesetzt sei. (Const. Ztg.)

— Der Erbprinz von Meiningen besuchte vor einigen Tagen mit seiner Braut den Direktor Peter von Cornelius, um die Cartons dieses ausgezeichneten Künstlers zu besichtigen. Der Prinz treibt selbst Malerei. — Vor einigen Tagen wurde eine Versammlung im 7. Volksverein aufgelöst. Die Ursache hierzu gab das Vorlesen einer Brochüre über eine Preßverhandlung gegen die Westdeutsche Zeitung. — Die Direktion der hiesigen Gas-Compagnie hat die Berechnung aufgestellt, daß ihr jährlich circa 3 Millionen Kubikfuß Gas durch die Gasabnehmer defraudirt wurden. Daß dabei oft sehr künstliche Mittel in Anwendung gebracht werden, haben unlängst einige zur gerichtlichen Cognition gelangte Fälle gezeigt. — Wir lesen jetzt wieder öftere Ankündigungen des Commissions-Büreaus in Lübeck, in welchen für 8 Thlr. der Besitz einer baaren Summe von ungefähr Zweimalhunderttausend Thalern verheißen wird. Obgleich die ganze Ankündigung viel zu sehr nach Charlatanerie schmeckt, halten wir es doch nicht für überflüssig, das Publikum zu warnen. Auch das Porto ist eine weggeworfene Ausgabe, denn unsere Lotterie gewährt gleiche und bessere Vortheile, als die in Lübeck bestehende. — Eine Philadelphische Zeitung theilt ein Curiosum aus Californien mit. Es ist ein Privatbrief, der folgende Stelle enthalten soll: „Ich bin nun 8 Jahre hier und noch unbeweibt. Mein Freund, Dr. L., ist kürzlich nach Schottland gereist; ihm habe ich Auftrag gegeben, mir eine Frau mitzubringen, welche 6 Fuß hoch sein, blaue Augen und dunkelbraunes Haar haben muß. Diese verpflichte ich mich entweder zu heirathen, oder ihr 10,000 Dollars Reugeld zu zahlen. Hoffentlich — heißt es in dem Briefe weiter — werden wir, wenn sich unsere Zustände nur noch etwas mehr befestigt haben, bald 10,000 Mädchen „erster Qualität" im Lande haben; denn an Geld und Gut gebricht es uns nicht, nur an Frauen." — Wir sind von jeher, bemerkt die „D. Allg. Z.", auf einige Sprachseltsamkeiten in dem österreichischen Kanzleistyle gefaßt gewesen, heute wurde uns aber doch etwas viel zugemuthet, als wir aus Wien lasen: „Veränderungen bei der Kaiserl. Königl. Armee. Uebersetzt und in die Wirklichkeit wurden gebracht die s. n. Oberstlieutenant Maximilian Freiherr v. Hallegg, von Baron Wohlgemuth-Inf. Nr. 14., zu Erzherzog Stephan Inf. Nr. 58." Wir möchten, so sehr wir die Reinheit der deutschen Sprache lieben, versetzt und in Activität gesetzt vorschlagen.

— Betreffend den am 31. Decbr. verschobenen Hochverraths-Prozeß theilen wir vorläufig einen Auszug der Anklage mit: Bei der Polizei-Behörde ging die Anzeige ein, daß der Schuhmacher Haetzel, Johannisstraße Nr. 2. wohnhaft, Königliche Waffen verborgen habe, und die Polizei-Kommissarien Maaß und Goldheim nahmen deshalb am 30. März p. in Begleitung einiger Schutzmänner eine Haussuchung vor. Es wurden nun, obgleich Haetzel leugnete, außer zwei Büchsen mehrere Patronentaschen mit Patronen und Kugeln, so wie auch ein Hirschfänger gefunden, und dies veranlaßte eine weitere Recherche. Es wurden nun auch an verschiedenen Orten Gewehrläufe, Schlösser, Königl. Gewehre, so auch im Keller vergraben ein Gewehr, ein Kavalleriesäbel und mehrere Bajonette gefunden. Endlich wurde eine Kiste mit Papieren, dem Dr. D'Ester gehörig, eine Kiste mit 8 gefüllten Handgranaten, eine Form dazu, Blei und Schmelztigel, so wie unter Haetzels Papieren mehrere Statuten des Bundes der revolutionairen Partei vorgefunden. Die Statuten lauten folgendermaßen: „Bundesstatuten der revolutionären Partei. Proletarier aller Länder, vereinigt Euch. Abschnitt 1. Art. 1. Der Zweck des Bundes ist die Einführung einer einigen, untheilbaren, sozial-demokratischen Republik. Art. 2. Die Bedingungen der Mitgliedschaft sind: a) revolutionaire Energie und Eifer in der Propaganda; b) Unterwerfung unter die Beschlüsse des Bundes; c) Enthaltung der Theilnahme an jeder andern politischen Verbindung oder Verschwörung; d) Verschwiegenheit über das Bestehen aller Angelegenheiten des Bundes. Art. 3 Alle Mitglieder sind gleich und Brüder, und als solche sich Hülfe in jeder Lage schuldig. Art. 4. Die Mitglieder führen Bundesnamen. Art. 5. Der Bund ist organisirt in Gemeinden rc. Es folgen nun die Bestimmungen über die Organisation rc. Außerdem wurde noch ein „Bericht des leitenden Kreises Berlin an die Centralbehörde über die Verhältnisse in Berlin" rc. gefunden. Hiernach wurde Hätzel verhaftet, so wie auch bald darauf der bei ihm wohnende Maler Wegener, in dessen Rocktasche ein angefangenes Exemplar der Bundesstatuten vorgefunden wurde. Haetzel hat in der Voruntersuchung eingestanden, daß er ein Exemplar der Statuten von einem Londoner Emissair, gleich nach Verhängung des Belagerungs-Zustandes über Berlin, erhalten, und sich demnächst habe in den Bund aufnehmen lassen. Er habe auch für die Verbreitung des Bundes nach Kräften gewirkt und sich auch zu dem Zwecke die Statuten von einem Bekannten, den er nicht nennen will, lithographiren lassen, und 10 Exemplare davon vertheilt. In Berlin existirten 10 Gemeinden, deren Namen seien 1) Vorwärts, 2) Roth, 3) Durch, 4) Tod, 5) Hekker, 6) Blind, 7) Stark, 8) Schulz, 9) Kampf, und 10) Karl. Er selbst habe der Gemeinde Vorwärts vorgestanden. Der Bund zählte in Berlin etwa 100 Mitglieder. Die Waffen sollten beim Ausbruch einer Revolution benutzt werden, die Handgranaten habe er von einem unbekannten Manne erhalten. Die Form habe er sich angeschafft, um selbst Handgranaten zu verfertigen. Die Namen der Mitglieder und Mitwisser rc. weigert Haetzel zu nennen. Haetzel hat hat sich deshalb nach §. 92. Theil II. Tit. 20. des Allgemeinen Landrechts des Hochverraths schuldig gemacht. Er ist deshalb in Anklagestand versetzt und wird angeklagt: Mitglied des Bundes der revolutionairen Partei gewesen zu sein, welcher durch die beabsichtigte Einführung einer einigen, untheilbaren, sozial-demokratischen Republik, durch Anwendung gewaltsamer Mittel auf Umwälzung der Verfassung gerichtet war, und sich dadurch des nach §. 92. Thl. II. Titel 20. des Allgemeinen Landrechts strafbaren Verbrechens des Hochverraths schuldig gemacht zu haben. (Nat.-Ztg.)

Breslau, den 5. Jan. (Bresl. Z.) Der diesjährige Sylvester ist auf eine besonders lebhafte Weise gefeiert worden, das heißt, um die Sache bei'm rechten Namen zu nennen, mit einem viel ärgeren Skandal und Lärm als sonst. Der Geschmack an den Sylvesterfreuden hat sich in diesem Jahre an mehreren Stellen auf eine sehr sonderbare Art in Bezug auf die Auswahl der Vergnügungen geäußert. Zu letzteren scheinen ganz besonders in diesem Jahre tüchtige Prügeleien gehört zu haben, mit denen das Jahr 1849 geschlossen und das Jahr 1850 begonnen wurde. Eine solche Schlägerei im großartigen Maaßstab fand in der Messergasse statt, nachdem der Gabeljürge begratulirt worden war. Wohl an 100 Personen prügelten sich hier wechselseitig wacker durch, ohne daß einer oder der andere wußte, weshalb? Nur mit Mühe gelang es den Aufsichtsbeamten, die Streitenden zu trennen, welche von den Sylvesterfreuden stark berauscht zu sein schienen; jedoch war es ohne eine Portion blutiger Köpfe und blutiger Nasen nicht abgegangen. — Eine andere Schlägerei fand in der Oderstraße vor dem Hause Nr. 8 statt. In der Bierstube des gedachten Hauses waren einige Gäste aus unbekannter Ursache in Streit gerathen und hatten sich zur Ausfechtung desselben auf die Straße begeben. Hier wurde denn auch tüchtig drauf und drein geschlagen, wobei auch noch, abgesehen von kleineren Verletzungen, eine nicht unerhebliche Verwundung vorkam. Ein Müllergesell nämlich, der bei der Sache gar nicht betheiligt und nur zufällig in den Zusammenlauf hinein gerathen war, erhielt nämlich einen Messerstich in den Rucken, der zwar zum Glück nicht gefährlich, aber doch so bedeutend war, daß sich der Verwundete nach dem Hospital begeben und dort verbinden lassen mußte. Es ist nicht gelungen, denjenigen zu ermitteln, der ihm den Stich beigebracht hat. — Auch an anderen Orten fielen weniger erhebliche Störungen vor.

Liegnitz, den 2. Jan. Heute liefert unsere Bürgerwehr ihre Waffen auf dem Rathhause ab.

Von der Neisse, den 2. Januar. Eben so wie das Breslauer und Striegauer, so enthält auch unser Kreisblatt vom 29. Dec. v. J. unter der ersten Rubrik: „Bekanntmachungen des Königl. Landraths-Amtes" den bekannten Aufruf des Berliner Central-Wahlausschusses der verbundenen konservativen Vereine des Preußischen Staats an die „Preußen", und zwar unmittelbar hinter der Eintheilung des Neisser Kreises in die Urwahlbezirke zur Wahl fürs Deutsche Volkshaus. — Wir fragen nun: mit welchem Rechte können die Landräthe zur Wahl in einem gewissen Partei-Interesse auffordern? wer hat sie, die als Organe der Regierung über den Parteien stehen sollen, ermächtigt, die Aufforderung des Central-Wahlausschusses amtlich bekannt zu machen? Der constitutionelle Central-Verein wird deshalb aufgefordert, im Interesse der wahren Constitution und ihrer Freunde, 1) ebenfalls einen Aufruf an die Wähler den Landräthen zur Aufnahme in den Kreisblättern zugehen zu lassen, welchen sie, wenn sie nicht als Partei erscheinen wollen, aufnehmen müssen; 2) dafür zu sorgen, daß in den Kammern eine Interpellation an das Ministerium darüber stattfinde: ob und welche Anweisungen den Regierungen in Betreff solcher Einwirkungen auf die Wahlen ertheilt worden sind. (Bres. Ztg.)

Küstrin, den 3. Januar. (Ostsee-Ztg.) Gestern erfolgte eine Meile oberhalb hier der Durchruch der Posener Chaussee durch das in Folge einer sehr bedeutenden Eisstopfung auf 14 Fuß Höhe angewachsene Oder-Wasser; der Durchbruch ging jedoch sehr glücklich von Statten, das Wasser strömt mit großer Heftigkeit durch den etwa zehn Ruthen breiten Durchbruch der Warthe zu und ist dadurch die Gefahr vom Oderbruch glücklich abgewendet, während es dem Warthebruch keinen Schaden zufügt. Das Eis in der Oder steht jedoch fest und hat sich hier zehn bis zwölf Fuß stark zusammengeschoben. Wenn plötzliches Thauwetter eintreten sollte, so ist die Oder-Brücke sowohl als auch der Oder-Damm gefährdet. Die Communication auf der Posener Chaussee ist gegenwärtig gehemmt, soll jedoch in etwa vierzehn Tagen wiederhergestellt werden. In Folge dieses Durchbruchs ist das Wasser der Oder schon bei der Stadt um etwa drei Fuß gefallen.

Oppeln, den 2. Januar. (N. O. Z.) Gestern durchflog die Stadt ein Gerücht - Oskar Reichenbach auf Dometzko würde verhaftet; — obgleich der hiesige und der Ratiborer Ober-Gerichtshof den Antrag des Ober-Staatsanwalts zurückgewiesen, hätte der Ober-Staatsanwalt sich an das Obertribunal gewandt und dieses die sofortige Verhaftung des Grafen befohlen. — So eben fährt der Deutsche Abgeordnete Graf Oskar v. Reichenbach, von seiner Gattin begleitet und von Gens'darmen gefolgt, ins Gefängniß.

Koblenz, den 1. Januar. (Köln. Ztg.) Se. Königl. Hoheit der Prinz von Preußen hat unter dem heutigen Tage mit vorangehender rühmender und belobender Anerkennung hinsichtlich des Zustandes der von ihm inspizirten Truppen aller Waffengattungen und unter vorsorglichen Mahnungen an die Lazareth-Vorstände, in Bezug auf die Pflege der Kranken nicht zu wenig zu thun, folgenden, sämmtlichen Soldaten auf den Appells bekannt zu machenden Tagesbefehl erlassen:

„Der eingetretene Jahreswechsel veranlaßt mich, sämmtlichen Truppentheilen, welche unter meinen Befehl gestellt sind, meinen Wunsch dahin auszusprechen, daß das betretene Jahr für sie ein glückliches und ruhmreiches sein möge. Mit einem großen Theile dieser Truppen habe ich das Glück und den Ruhm getheilt, im abgelaufenen Jahre einen siegreichen Kampf zu bestehen, zu dem unser König uns entboten hatte. Die daheim gebliebenen Truppen haben nicht minder wie die im Felde gestandenen durch Hingebung für den König und das Vaterland in einer nur zu bewegten Zeit Beweise ihrer Treue und ihres Pflichtgefühls gegeben, nicht minder die Soldaten der Landwehr, welche abwechselnd einberufen werden müssen, um das 20,000 Mann starke, im Großherzogthum Baden verbliebene Armeekorps zu ersetzen. Mögen alle diese Truppen stets ihres Eides gedenken, in ihren Reihen den Geist der Ordnung und des Gehorsams fortpflanzen, wie es Preußischen Soldaten geziemt, damit wir jeden Augenblick bereit sind, den Kampf wieder aufzunehmen. Unsere im vorigen Jahre besiegten Gegner ruhen nicht; sie sind in ihren geheimen Umtrieben gefährlicher als im offenen Kampfe: daher ist Wachsamkeit nothwendig. Diese wollen wir in und außer dem Dienste üben und uns in allen Soldaten-Tugenden befestigen, damit wir kampfgerüstet dastehen, wenn der König uns von neuem rufen sollte, um unter Gottes Beistande zu neuen Siegen zu gehen. Gott segne den König! Koblenz, den 1. Januar 1850. (gez.) Prinz von Preußen."

Kiel, den 28. Dec. (H. N.) Die Vertrauesmänner werden wenigstens für's Erste nicht über eine Friedens-Basis verhandeln. Die Unterhandlungen hierüber werden in Berrlin geführt. Die Vertrauensmänner werden vielmehr über ein neues Interim für die Herzogthümer sich wo möglich verständigen. Man hört, daß drei verschiedene Pläne in dieser Beziehung aufgestellt sein sollen; entweder werde die Statthalterschaft wieder das Regiment in Schleswig antreten, oder Statthalterschaft und Landes-Verwaltung regieren beide fort, aber durch dieselben Departements, oder endlich die „schleswig-holsteinsche Regierung" wird die höchste Regierungsbehörde beider Herzogthümer. Derlei Vorschläge sollen, wie gesagt, den Unterhandlungen der Vertrauensmänner zu Grunde liegen. Es handelt sich also vor Allem darum, wenn der Krieg vermieden werden soll, das interimistische Regiment in Schleswig zu ändern. Der Versuch, Schleswig selbstständig zu verwalten, ist mißlungen; vom Frieden, der jedenfalls sobald noch nicht erreicht werden dürfte, werden in Betreff der Regierung Schleswigs vielleicht noch mehrere Versuche gemacht und mißlingen.

Oldenburg, den 31. Decbr. (D. R. Z.) Die Oldenburgische Staatsregierung hat ihren früheren Abgeordneten zum Verwaltungsrath, Herrn Obrist Mosle, wieder nach Berlin bestimmt. Derselbe wird vor dem 4. Januar dort eintreffen. Die Continuität der Deutschen Politik dieser Regierung ist dadurch auf Bestimmteste ausgedrückt.

Oldenburg, den 1. Januar. Das Ministerium hat heute sein Programm veröffentlicht, in dem es heißt: Es kann nicht die Absicht Oldenburgs sein, eine isolirte Stellung einnehmen zu wollen. Es kann aber auch keine andere, als die durch seine Deutsche Richtung ihm angewiesene, annehmen. Da, wo den Bestrebungen für die Einheit, die Würde und die Kraft Deutschlands der meiste Erfolg zu versprechen ist, da wird auch Oldenburg sich anzuschließen haben. Preußens Interessen gehn jetzt und für die nächst zu überblickende Zukunft Hand in Hand mit den Deutschen Interessen; unter solchen Umständen wird daher auch Oldenburg in seiner bisher eingeschlagenen Richtung zu verharren haben. (Voss. Ztg.)

Frankfurt, den 1. Januar. Fürst Felix Hohenlohe ist von seiner Reise im Interesse des Vereins für den Schutz vaterländischer Arbeit aus Wien hierher zurückgekehrt, sehr zufrieden gestellt nicht blos von dem dort gefundenen persönlichen Empfange, sondern auch von den in Aussicht gestellten Maaßreln zu einer künftigen Handels-Einigung mit Deutschland. Hr. Degenkolb ist dagegen von Wien sofort nach Berlin abgegangen, um über die Eröffnungen des Oesterreichischen Handelsministers mit dem Hrn. v. d. Heydt in Vernehmung zu treten. Wenn Oesterreich der Bildung des Bundesstaates keine ferneren Hindernisse in den Weg legt, dann werden wir an seine Einsicht in die wahre Lage der Dinge, an die Erkenntniß dessen, was sein eigenes höheres Interesse erheischt, und somit auch an seine aufrichtige Absicht zu einem näheren Anschlusse seiner Zoll-Gesetzgebung an Deutschland glauben, der durch das Organ des herzustellenden Bundesstaates nur gefördert, ja überhaupt nur allein ermöglicht werden kann. (Deutsche Ztg.)

Leipzig, den 3. Januar. (Const. Ztg.) Heute ist das Exposé der Regierung in Betreff der Deutschen Frage gedruckt an die Mitglieder der Kammern vertheilt worden. Es enthält dasselbe eine rein geschichtliche Darstellung des Entwickelungsganges der Deutschen Verfassungsangelegenheit seit dem Zusammentritt der Deutschen National-Versammlung zu Frankfurt bis auf den heutigen Tag, in Summa lauter Dinge, die so allgemein bekannt sind, daß das Ministerium diese historischen Exercitien füglich hätte unterlassen können. Das Schriftstück umfaßt 5 Druckbogen; ob die 29 Beilagen, die dasselbe begleiten und in denen hauptsächlich der Thaten unserer Regierung in der Deutschen Frage enthalten sind, irgend verdienen, daß man die Druckkosten an sie wendet, ist noch Gegenstand der gewissenhaftesten Erwägung der Direktorien der Kammern. Dürften wir in dieser letzteren Angelegenheit unsere unmaaßgebliche Meinung aussprechen, so würden wir wenigstens für den Druck von Nr. 29 der „Beilagen" stimmen, die durch ihr Datum vom 27. Decbr. 1849 ein mehr als gewöhnliches Interesse auf sich zu ziehen geeignet ist. Es ist dies nämlich eine unter diesem Tage an das Berliner Ministerium des Auswärtigen gerichtete Note, in welcher Sachsens Regierung gegen den Erfurter Reichstag protestirt! Es wird nicht nöthig sein, über diesen letzten und ehrenhaftesten Schritt des Sächs. Ministeriums noch ein Wort zu verlieren. Ich erinnere nur daran, daß die oft gehörten Versprechungen der Minister, daß die fraglichen Vorlagen mit möglichster Beschleunigung den Kammern vorgelegt werden sollen, sonach nicht aufrichtig gemeint sein konnten, da man doch jedenfalls schon vorher beschlossen haben mußte, diese letzte Note noch, nach eingeholter K. K. Erlaubniß, nach Berlin abzusenden. Die Regierung hat nunmehr die Deutsche Maske vollständig abgeworfen und steht in ihrer ganzen particularistischen Nacktheit vor den Augen des erstauten Deutschlands. Jetzt kämen die Römer'schen Enthüllungen recht gelegen! Aber auch, wenn Römer in seinem Schweigen beharren sollte, wird das Sächsische Volk nicht länger in Zweifel darüber sein, daß die Politik der Regierung keine gelindere Beurtheilung verdient, als sie in diesen Blättern, sowie in den übrigen Organen der „großpreußischen" Partei gefunden hat.

Crimitschau, den 27. Decbr. Die hiesigen Stadtverordneten haben vor Kurzem eine Beschwerdeschrift, den Kriegszustand betreffend, an die Kammern abgeschickt. (Const. Z.)

Stuttgart, den 1. Januar. Die Würtembergische Zeitung berichtet, daß nach einem neueren Befehle, vom ersten Tage des Jahres 1850 an, die Formel „von Gottes Gnaden" wieder dem Namen und Titel des Königs angefügt werden soll. — Der Schwäb. Merkur enthält gerade keine besonders günstige Prophezeihungen für das Ergebniß der bevorstehenden Kammerwahlen. Daß die Stimmung in Würtemberg sich immer mehr dem Anschlusse an Preußen zuneigt, ist Thatsache. Wer möchte sich nicht lieber Preußen in die Arme werfen, als einer bleibenden Zweiherrschaft nach dem Muster des Interim?" sagt ein Aufsatz im genannten Blatte. „Nichts anderes als diese Zweiherrschaft können wir uns unter einem Großdeutschland denken, denn wenn Preußen in seinem Bestreben, einen Deutschen Bundesstaat zu gründen, nicht einmal von den Staaten, die eigentlich am meisten dabei zu gewinnen hätten, unterstützt wird, so muß es unvermeidlich sich mit Oesterreich zu jener Zweiherrschaft verständigen. Diese beiden Mächte werden auch sicherlich darin einig sein, daß eine

Rheinbundspolitik, sei sie demokratischen oder dynastischen Ursprungs oder beides zugleich, für immer unmöglich gemacht werden müsse." — Das Gesetz über die **zweimonatliche Steuerbewilligung** ist **mit der Klausel** der aufgelösten Landesversammlung, daß die verfassungsmäßige Weitererhebung **nicht** stattfinde, von der Regierung **veröffentlicht** worden.

Oesterreich.

LNB **Wien**, den 1. Januar. In Triest waren am 30. v. M. **wichtige** Nachrichten mittelst Dampfboots aus Konstantinopel vom 22. v. M. eingelaufen, welche in ziemlich übereinstimmender Weise in den Abendjournalen mitgetheilt werden. Demnach hatte sich der dortige politische Horizont aufs Neue umwölkt, und namentlich überließ sich der Handelsstand bangen Besorgnissen. Das Russische Kabinet hat nämlich die Erklärung abgegeben, daß es mit der Pforte nur ohne Englands Einmischung unterhandeln werde. Der Divan hat sich schon dreimal versammelt und berathen, ohne noch zu einer Erwiderung auf Rußlands Forderung gelangt zu sein. Das Englische Geschwader, 7 Linienschiffe und 5 Dampfer stark, ankerte in den Gewässern von Musconisi, woselbst es auch überwintert, während das Französische Geschwader, aus 6 Linienschiffen, 1 Fregatte und 3 Dampfern bestehend, fortwährend vor Burtac liegt. — Aus dem türkischen Serbien wird gemeldet, daß viele Leute ihre Habseligkeiten diesseits über die Donau bringen. — Dem Vernehmen nach ist ein hiesiger Lithograph wegen Banknotenverfälschung eingezogen worden. — Unlängst kamen Ungarische Fischer vom Plattensee mit schweren Ladungen riesiger Fische, welche an die größten Hausengattungen mahnten. Trotz ihrer Wohlfeilheit fand man doch Bedenklichkeiten sie zu kaufen, weil man befürchtete, moderne Muränen — nämlich mit todten Menschen und Pferden gemästete Fische — essen zu müssen. — In Lemberg erfolgten wieder einige kriegsrechtliche leichtere Verurtheilungen wegen Waffenverheimlichungen und Verunglimpfungen des Kaisers. — Marschall Marmont, der seit der Juli-Revolution fern von Frankreich und zumeist in den Oesterreichischen Staaten lebt, will nun diese verlassen und nach Paris zurückkehren, wo er seinen bleibenden Aufenthalt zu nehmen gedenkt. — Im Nachtrage zu den gestern gemeldeten neuesten Nachrichten aus Konstantinopel ist zu berichten, daß bereits viele Flüchtlinge sich auf Französischen und Englischen Dampfschiffen eingeschifft haben. Die Uebrigen, welche noch in der Hauptstadt sind, müssen sich bis zum 1. Febr. zur Abreise melden. Ueber die Hauptmatadore war man jedoch zu keinem Resultate bisher gekommen. —

Frankreich.

Paris, den 1. Januar. Der „Moniteur" enthält einen langen Bericht des Arbeits-Ministers an L. Napoleon, worin er dessen Aufmerksamkeit auf die ausgezeichneten Dienstleistungen der Aerzte in Paris und den Departements während der Cholerazeit hinlenkt und eine Anzahl derselben für die Decoration der Ehrenlegion empfiehlt. Auf das nicht minder verdienstvolle Benehmen der Geistlichkeit hindeutend, bemerkt der Minister, daß er dieselbe in die Liste seiner Anempfehlungen eingeschlossen haben würde, wenn sie nicht selbst den sie ehrenden Wunsch ausgesprochen hätte, für die Erfüllung ihres heiligen Berufes nicht insbesondere ausgezeichnet zu werden. Der Bericht schließt mit Anempfehlung der Vertheilung von Ehren-Medaillen, die an eine Anzahl Aerzte und Nichtärzte, so wie an die barmherzigen Schwestern in Paris und in den Departements vertheilt werden sollen. Dem Berichte folgt ein Dekret L. Napoleons, welches 47 Aerzten den Orden der Ehrenlegion und 855 Ehren-Medaillen verleiht, jene für die barmherzigen Schwestern ungerechnet.

— In einem Augenblick, wo von der Reorganisation der Nationalgarde sehr stark die Rede ist, dürfte folgende Zusammenstellung nicht ohne Interesse sein. Beim Ausbruch der Februarrevolution zählten die 13 Legionen von Paris ungefähr 58,000 Mann. Durch die provisorische Regierung, welche die allgemeine Wehrfähigkeit decretirte, stieg die Pariser Nationalgarde auf 242,000 Mann. Jetzt zählt sie nur noch 100,000 d. h. etwa einen Nationalgardisten auf 10 Seelen der Bevölkerung. Die Kosten der Pariser Nationalgarde, die von der Stadt getragen werden, sind für 1850 auf eine Million veranschlagt.

Paris, den 2. Januar. (Köln. Z.) Die Versöhnung zwischen L. Napoleon und seinem Onkel Jerome, dem Ex-Könige von Westphalen und Gouverneur der Invaliden, soll jetzt vollständig sein. Wie man versichert, soll letzterem, der bei Waterloo eine Division befehligte, die Marschallswürde von Frankreich zugesichert sein und die Ordonnanz nächstens im „Moniteur" erscheinen.

— Beim Anfange der **heutigen** Sitzung der **Nationalvers.** wird die Erneuerung der Abtheilungen durchs Loos vorgenommen. Hierauf wird zur Berathung des Gesetz-Entwurfs über Abschaffung der Ausstellung der Namen der in contumaciam verurtheilten Verbrecher am Pranger und Ersetzung dieser Strafe durch Anschlag des Urtheils am Wohnorte des Verurtheilten geschritten. Man erinnert sich, daß die Behörde die Ausstellung der Namen Ledru Rollin's und seiner Mitverurtheilten vom 13. Juni anticipando bereits unterlassen hat. Der Gesetzentwurf, der das Bemerkenswerthe hat, daß er nicht etwa für politische Verbrechen eine Bevorzugung enthält, sondern dieselben mit gemeinen Verbrechern auf eine Linie stellt, wird einmüthig angenommen. — Der ministerielle Gesetzentwurf über die Volksschullehrer, wonach dieselben, bisher nur von einer Kreiskommission abhängig, in Zukunft wegen der unter ihnen herrschenden socialistischen Tendenzen ganz unter die Präfekte gestellt werden sollen, erregt in höherem Grade die Spannung und die Aufmerksamkeit der Versammlung. Zum Voraus weiß man, daß die Majorität selbst durchaus mit sich uneinig über diesen Gesetzentwurf ist, da die Einen eine übermäßige Erweiterung des Einflusses der Centralgewalt und zugleich eine bedenkliche Hinausschiebung des großen Fallour'schen Gesetzentwurfs über den öffentlichen Unterricht befürchten; die Anderen dagegen Gefahr in jedem Verzuge, den Socialismus in allen Mitteln seiner Propaganda zu bekämpfen, zu erblicken glauben. **Vésin** (von der Rechten) spricht sich gegen die Dringlichkeit des Gesetz-Entwurfs aus, weil er lieber gleich das organische Gesetz über den öffentlichen Unterricht von Fallour berathen und votirt wissen will. Der Unterrichtsminister **Parrieu** beharrt bei der Dringlichkeit seines Gesetzentwurfs, weil es bekannt sei, daß in den Departements die Schul-Lehrer gänzlich ihre Pflichten vergessen haben. (Heftiger Widerspruch auf den Bänken der Linken.)

Der Redner erklärt, es sei hohe Zeit, nachdem die Regierung schon seit einem halben Jahre die unter dem niederen Lehrerstande einreißenden socialistischen Tendenzen öffentlich angezeigt habe, energische Maaßregeln zu ergreifen, zumal da die Annahme seines Gesetz-Entwurfes das große Fallour'sche Project nicht hindere, schon in den ersten Tagen des Februar vor die National-Versammlung zu kommen. Dieses sei für die künftigen Generationen (Gelächter links), jenes für die Bedürfnisse der Gegenwart bestimmt. (Eine Stimme links: „Wegen der Wahlen!") **Pascal Duprat** (von der Linken) behauptet, die Regierung habe an den bestehenden Gesetzen hinreichende Mittel, um allenfallsige Excesse der Volks-Schullehrer zu bestrafen, wie der Umstand zeige, daß seit einem Jahre nicht weniger als 1200 derselben abgesetzt oder ohne Gehalt suspendirt worden seien. **Parrieu** widerspricht dieser Angabe auf nicht sehr schlagende Weise; er versichert, es seien in den ersten acht Monaten des Jahres 1849 nicht über 100 Volks-Schullehrer abgesetzt und suspendirt worden; die Berichte über die letzten vier Monate seien noch nicht eingegangen. **Molé** erklärt in seinem und seiner Freunde Namen das Gesetz an sich für schlecht, aber für nothwendig unter den augenblicklichen Umständen. Er sei daher bereit, die Dringlichkeit zu votiren, wenn er die Bürgschaft habe, daß dasselbe nur vorübergehend und auf keinen Fall ein Hinderniß für die Discussion des großen Fallour'schen Gesetzes sei. Ein Zusatz-Artikel zu dem in Rede stehenden Gesetze, den er vorschlagen werde, sei bestimmt, diese Bürgschaft zu enthalten. Da der Unterrichts-Minister und der Ausschuß sich mit einem solchen Zusatz-Artikel einverstanden erklären, so wird zur Abstimmung über die Dringlichkeits-Erklärung in Betreff des ministeriellen Gesetz-Entwurfes geschritten. Es ergeben sich 312 Stimmen dafür und eben so viele dagegen. (Gelächter auf der Linken. Der Präsident **Dupin**: „Es ist kein Grund zum Lachen vorhanden, wenn man eine gesetzgebende Versammlung auf diese Weise getheilt sieht!") Hiermit ist die Dringlichkeits-Erklärung verworfen, und der Gesetz-Entwurf muß daher durch drei Berathungen hindurch gehen. Die Versammlung trennt sich in lebhafter Aufregung um 6 Uhr.

Großbritanien und Irland.

London, den 31. Decbr. Die mit dem 1. Januar 1850 ins Leben tretende neue Navigations-Akte enthält folgende Bestimmungen hinsichtlich des Küstenhandels: 1) Keine Güter oder Passagiere dürfen in anderen als in Englischen Schiffen längs der Küste von einem Theile des vereinigten Königreiches zu einem anderen, oder von dem vereinigten Königreiche nach der Insel Man, oder umgekehrt von der Insel Man nach dem vereinigten Königreiche befördert werden. 2) Nur in Englischen Schiffen dürfen Güter oder Passagiere von den Inseln Guernsey, Jersey, Alderney und Sark nach dem vereinigten Königreiche, und umgekehrt von dort nach den genannten Inseln gebracht werden. 3) Dieselbe Bestimmung findet für die Schifffahrt zwischen den vier erwähnten Inseln Statt. 4) Die Küsten-Schifffahrt der einzelnen Britischen Besitzungen in Asien, Afrika oder Amerika ist ebenfalls auf Britische Fahrzeuge beschränkt. 5) Die Königin kann durch einen Beschluß im geheimen Rathe den Verkehr zwischen benachbarten Colonieen oder ihren Küstenhandel regeln, wenn darauf angetragen wird. Der Küstenhandel Indiens soll durch den General-Gouverneur Indiens geregelt werden. Mit Ausnahme dieser Bestimmungen findet keine Beschränkung der Schifffahrt Statt. — Vor einiger Zeit enthielt die „Times" einen von Oberst-Lieutenant Asboth, ehemaligen General-Adjutanten Kossuth's, unterzeichneten Brief, in welchem die Beschuldigung, Kossuth habe auf unredliche Weise Reichthümer aus seinem Vaterlande nach der Türkei mit sich hinüber genommen, als Verleumdung zurückgewiesen wird. Mit der entgegengesetzten Behauptung ist jetzt, ebenfalls in der „Times", Graf Edmund Zichy, Bruder des kriegsrechtlich hingerichteten Grafen Eugen Zichy, aufgetreten. Bei dieser Gelegenheit wird auch die häßliche Geschichte von Görgey und der goldenen Kette des gehängten Grafen wieder hervorgezogen. Der aus Florenz, den 16. Decbr., datirte Brief enthält folgende faktische Angaben:

Unmittelbar nach dem auf Befehl Görgey's am 30. Sept. 1848 an meinem unglücklichen Bruder, dem Grafen E. Zichy, vollzogenen Morde, wurden sein ganzes Vermögen und seine Güter confiscirt und als National-Eigenthum erklärt, obgleich seine Verurtheilung weder geprüft, noch für rechtmäßig erklärt worden war. Görgey begab sich persönlich in die Wohnung meines verstorbenen Bruders und bestand darauf, daß ihm 21 große diamantene Knöpfe, vier werthvolle Ringe und eine goldene Kette (berühmt dadurch, daß sie einst im Besitze des Königs Andreas II. von Ungarn gewesen war) zugleich mit dem Siegel seines Opfers übergeben würden. Er stellte darüber einen Empfangsschein aus, den ich noch in Händen habe. Dem Nationalschatze überlieferte er jedoch nur die Diamanten, da die officiellen Aktenstücke der anderen Artikel nicht erwähnen. Kossuth ließ gleichfalls durch seine Emissäre, welche durch den Namen von Commissaren geadelt wurden, das Gebäude plündern, in dem werthvolle Gegenstände, wie Juwelen, Silberzeug, Medaillen, Kunstwerke 2c. zum Werthe von 30,000 Pfd. St. hinweggenommen wurden. Sie wurden sämmtlich sogleich nach Pesth gebracht und von Kossuth der Sorge seiner Freunde und seines Vertrauten Ladislas Madarasz, welcher damals an der Spitze der Polizei stand, anvertraut. Dieser nebst anderen seiner Genossen nahmen zusammen für sich mehr als die Hälfte jener Sammlung, und der Reichstag selbst leitete wegen dieser unredlichen Handlung eine Untersuchung gegen sie ein. Später ward das, was übrig blieb, nach Debreczin und von dort nach Arad gebracht. Ein Walachischer Emissär (Cäsar Bolliak) ward von Kossuth an Maria Radna hingeschickt, um die Diamanten zu verlangen. Er erhielt die Hälfte derselben und stellte dafür dem Finanz-Minister Duschek einen Empfangsschein aus, der ebenfalls in meinem Besitz ist. Bolliak hat seitdem erklärt, Kossuth habe ihm den Auftrag gegeben, zugleich mit den noch übrigen Diamanten ein Paar smaragdene Sporen zu holen, die gleichfalls meinem verstorbenen Bruder gehörten, da er die Absicht hatte, sie bei einer passenden Gelegenheit einem der Pascha's an der Türkischen Gränze zu schenken, an deren Freundschaft und Schutz ihm bei seiner Flucht nach der Türkei viel gelegen sein mußte. Die Diamanten sind bis jetzt nicht entdeckt worden; aber die Sporen bot Kossuth selbst am Bairams-Feste in Widdin dem Pascha an, welcher sich weigerte, das Geschenk anzunehmen. Der Oesterreichische Consul in Bucharest (Herr Timone) hat einen ausführlichen Bericht über diese Angelegenheit gegeben, und macht besonders auf den Umstand aufmerksam, daß Kossuth sich beim Betreten der Türkei auf's Entschiedenste geweigert habe, sein Gepäck durchsuchen zu lassen, wahrscheinlich, weil es kostbare Erinnerungen an das Land enthielt, welches jetzt so theuer für seine Thaten bezahlen muß.

Rußland und Polen.

Petersburg, den 21. December. (Köln. Z.) Gestern ist die Großfürstin Maria Nicolajewna, Gemahlin des Herzogs von Leuchtenberg, von einem Prinzen entbunden worden. Wegen dieses glücklichen Ereignisses hat der Kaiser die Trauer, in welcher sich der Hof gerade befand, bis auf Weiteres abzulegen befohlen.

Schweiz.

Zürich, den 30. December. (O.-P.-A.-Z.) Seit einigen Tagen befindet sich **Fickler** hier. Er rühmt sehr die humane Behandlung, welche die württembergische Regierung ihm in seiner Haft habe angedeihen lassen. — In Genf ist unter dem Titel „Rummeltipuff, Organ der Lausbubokratie", ein neues deutsches Blatt erschienen, welches sich die „Bekämpfung aller europäischen Regierungen" zum Zweck gesetzt hat.

Italien.

Rom, den 24. Dec. (D. R.) Gestern fand in der Nähe der Brücke St. Angelo ein nicht unbedeutender Auflauf statt, veranlaßt durch den Uebermuth und die Petulanz Französischer Soldaten. Nach althergebrachter Sitte gebietet die kirchliche Polizei an Festen, namentlich in der Adventszeit, alle Kaffee- und Weinhäuser während des Gottesdienstes zu schließen. Französische Soldaten glaubten sich an ein solches Gebot nicht kehren zu dürfen. Sie verlangten Wein in einer Osterie, und als der Wirth sich weigerte, sie einzulassen, erbrachen sie gewaltsam das Haus. Ein Haufe Römischer Bursche, der dies sah, meinte, was dem Einen recht sei, sei dem Andern billig; auch sie forderten Einlaß. Die Soldaten widersetzten sich; die Römer griffen zu Steinen, die Franzosen zogen ihre Seitengewehre. Sofort strömte das Volk der umliegenden Straßen herbei; man drohte, das Haus zu stürmen. Herankommende Gensd'armen waren der Ansicht, tränken die Franzosen, so müsse den Römern Gleiches vergönnt sein, und blieben deshalb neutral. Zuletzt mochten denn doch die Republikaner sich vor der stets wachsenden Uebermacht scheuen; sie erkannten das Prinzip der Gleichheit und Brüderlichkeit auch in praxi an, und die jubelnden Römer besetzten einen Theil der Kneipe. Ein solcher Vorfall, wenn auch zum Glücke noch ohne Folgen geblieben, zeigt zur Genüge, wie die Franzosen sich hier über Gesetz und Herkommen erhaben glauben. Es erbittert das Volk, das seine alten Sitten und Ordnungen noch achtet, wie es denn Thatsache, daß der Franzosenhaß täglich steigt, und zwar bei allen Klassen der Einwohner. Der Mittelstand, dessen Erwerbsquellen durch die Abwesenheit des Papstes großentheils versiegt sind, hält sie für die Ursache der letzteren; höhere Stände und Geistliche sind ohnehin mehr den Oesterreichern geneigt; das ganze Volk wird durch die laxe Disciplin und vielfache kleine Unordnungen, ähnlich der erzählten, verletzt. Dazu kommt die täglich steigende Unsicherheit bei zunehmendem Elende. Letzterem können die Franzosen nicht abhelfen; gegen erstere geschieht aber auch wenig oder nichts. So fängt man denn allmälig an, einzusehen, daß ohne die Rückkehr Sr. Heiligkeit kein Heil für Rom. Da nun aber der Termin abgelaufen, den das Volksgerede für dieselbe angesetzt, geht man zum andern Extrem über. Er soll nun gar nicht kommen. Oesterreich habe gegen seine Residenz in Rom in Anwesenheit der Franzosen protestirt, und verlange außerdem Fortführung der strengen Censur gegen Beamte und sonst Kompromittirte; im Gegensatze gegen Frankreichs Forderung. Dagegen beharren sonst gut Unterrichtete auf der Meinung, noch im Januar werde der Papst in Rom sein. Das Resultat ist: Niemand weiß, wie die Sachen stehen.

— (Köln. Z.) Der General Alberto de la Marmora, Gouverneur der Insel Sardinien, hat am 11. Dec. seinen feierlichen Einzug in Cagliari gehalten, wo er von dem Commandanten des Hafens und dem Chef des Generalstabes empfangen wurde. Die Nachrichten aus Rom vom 20. December enthalten nichts über die bevorstehende Rückkehr des Papstes. Gabriel Mastai, welcher den 19. dort angekommen ist, hat eine lange Unterredung mit den Cardinälen, den Ministern und dem Französischen General gehabt. — Der Befehl ist ertheilt worden, Wohnungen für 5000 Mann in Stand zu setzen. Man wußte jedoch nicht, für welches Truppen-Corps diese Wohnungen bestimmt waren. — Man schreibt aus Fermo vom 10. Dec.: Der Expräfect der Römischen Republik, Rubani, ist nach den Gefängnissen des Monte Giorgio geführt worden. — Der Graf Jacconi ist in Montalto verhaftet worden. In Ancona sind ebenfalls zwei und in Jesi fünf Verhaftungen vorgekommen.

— Die gegenwärtigen politischen Zustände üben auch auf die Feier des Carnevals ihren Einfluß aus. Daß das Tragen von Waffen in Piemont untersagt ist, haben wir bereits erwähnt. Wir erfahren nun, daß sowohl in Turin, wie in Florenz Decrete erlassen worden sind, welche gleichfalls das Tragen von Masken während der Carnevalszeit verbieten. Es wäre einigermaßen auffallend, wenn dergleichen Verbote sich nur auf die genannten beiden Staaten der Halbinsel beschränkten, und wenn z. B. die Behörden in der Lombardei, im Kirchenstaate und Neapel in dieser Hinsicht an Strenge zurückständen. (Köln. Ztg.)

Türkei.

Nach einer in Pariser Blättern enthaltenen Privat-Correspondenz aus **Beyrut** ist der General **Bem** nebst mehreren anderen zum Islamismus übergetretenen Polnischen Offizieren daselbst in Begleitung des Schwagers des Sultans angekommen. Man sah darin eine Nachgiebigkeit der Pforte gegen das Verlangen Rußlands in Betreff der Polnischen Flüchtlinge, da es schien, als ob Bem und seine Gefährten in Syrien einen längeren Aufenthalt nehmen sollten. (Nat. Z.)

Kammer-Verhandlungen.

Nachtrag der 79. Sitzung der zweiten Kammer: *)

Die Städte Breslau, **Posen** und Ratibor petitioniren um ein Gesetz über Umgestaltung und Regulirung des Einquartirungswesens. Man beschließt, auf Antrag v. **Griesheim's**, Tagesordnung. **Magistrat und Stadtverordnete der Stadt Posen** bitten, die Integrität der Provinz Posen, wie sie gegenwärtig besteht, aufrecht zu erhalten, und allen Zerstückelungsprojekten die Zustimmung zu versagen. **Geßler** bezeichnet die letzten Regierungsvorlagen als nur den Wünschen der Polen und den Partikular-Interessen der Hauptstadt der Provinz entsprechend, während die deutsche Bevölkerung im Ganzen fortwährend für Aufrechthaltung der Demarkationslinie sei. Der Antrag geht an die Kommission für die Regierungsvorlagen über **Posen**.

Locales 2c.

□ **Ostrowo**, den 6. Januar. Mit dem Beginne des neuen Quartals hat für die Gymnasiasten der deutschen und jüdischen Bewohner hier ein neues Stadium begonnen. Bekanntlich ist die Vortragssprache hier, da es ein polnisches Gymnasium ist, die polnische. Hierdurch wurde aber den deutschen Schülern nicht nur der Unterricht sehr erschwert, da sie die technischen Ausdrücke nicht verstanden, sondern auch dadurch, daß sie zu gleicher Zeit von einer fremden Sprache in die andere übersetzen mußten, der wissenschaftliche Fortschritt sehr gehemmt. Den Bemühungen unserer Stadtverordneten ist es gelungen, daß vom 1. Januar für die Sexta und Quinta Parallelklassen eingerichtet wurden, in denen die Vortragssprache rein deutsch ist und das Polnische nur gleich den andern fremden Sprachen betrieben wird. Das Kultusministerium hat auch einen Zuschuß von 1000 Thalern, zur Vermehrung der Lehrkräfte, ausgeworfen. Wenn auch für den Augenblick die Zahl der Lehrer nicht vermehrt worden, so

*) Die Sitzung in No. 5. d. Z. ist unrichtig als 78. S. bezeichnet.

ist doch die Thätigkeit derselben mehr in Anspruch genommen und ihnen dafür wahrscheinlich eine Remuneration zugesichert. Von Michaelis ab soll auch für die Quarta eine Parallelklasse eingerichtet werden.

✗ Dobrzyca, den 4. Januar. Seit mehreren Tagen ist vom hiesigen Magistrat die Veranstaltung geworden, daß außer den gewöhnlichen Nachtwächtern noch 12 Bürger allnächtlich durch Patrouilliren für die Sicherheit der Stadt sorgen. Die Veranlassung zu dieser Maßregel ist das Entweichen eines erst kürzlich an das Inquisitoriat zu Kozmin eingelieferten Verbrechers und polnischen Ueberläufers, Namens Szukalski, der erst vor einigen Wochen mit einem andern ebenso gefährlichen polnischen Ueberläufer durch die thätigen Bemühungen des Gensdarm Roßdeutscher und einiger Bürger zur Haft gebracht worden war. Der Unwille und die Entrüstung des Publikums darüber, daß so wenig für die sichere Aufbewahrung der Verbrecher Seitens der betreffenden Behörden geschieht, ist zu bedeutender Höhe gestiegen, und wahrlich — Grund genug dazu ist vorhanden, was aus folgenden Thatsachen zur Genüge hervorgeht. So ist der p. Szukalski jetzt seit etwa Jahresfrist aus Kozmin zwei Mal, aus dem Gerichtsgefängniß zu Krotoschin 1 Mal und 1 Mal auf dem Transport; — sein Gefährte, der oben erwähnte polnische Ueberläufer Mochalski aus Kozmin 2 Mal, dem Polizei-Dist.-Commiss.-Amte zu Kotlin 1 Mal; — überhaupt aber sind aus dem Inquisitoriat zu Kozmin seit dem 16. Mai v. J. sechszehn Verbrecher entsprungen. Daß solche Leute sich anders als durch Stehlen und Rauben ihre Subsistenzmittel nicht erwerben wollen und — können, leuchtet von selbst ein, und die hier und in der Umgegend in einem Bezirk von kaum einer Quadratmeile verübten Diebstähle und Einbrüche geben einen beklagenswerthen Beleg, wie sehr gemeingefährlich sich diese polnischen Ueberläufer und ihre Helfershelfer, die sich zum Theil unter der hiesigen Bevölkerung befinden, machen. Nicht weniger als 30 Diebstähle in hiesiger Stadt und 18 in der Umgegend sind im vergangenen Jahr zur Anzeige gebracht worden, und der Werth der gestohlenen Objekte, namentlich Kleidungsgegenstände, Betten und geldwerthe Sachen, beläuft sich auf 840 Rthlr., wobei die Kirchen zu Lutynia und Koryta mit je 100 Rthlr. participiren; außerdem wurden 11 Kühe, 3 Ochsen, 15 Schweine, 17 Ferkel, 1 Ziege, 49 Gänse, 10 Schaafe und 2 Bienenstöcke, 7 Viertel poln. M. Getreide, 30 Viertel Kartoffeln gestohlen. Wenn man nun die nicht angezeigten kleineren Diebstähle in Anschlag bringt, so kann man sich ein Bild von den hiesigen Sicherheitszuständen machen. Daß da den Polizeibeamten der Vorwurf gemacht wird, als seien sie nachlässig in ihrer Pflichterfüllung, ist natürlich, aber selbst der pflichttreueste und thätigste Beamte kann nichts wirken, wenn, wie es hier der Fall ist, selbst der Polizeidiener, wie es sich gestern ergeben hat, mit den Dieben gemeinschaftliche Sache macht und z. B. den entwichenen oben erwähnten Verbrecher beherbergt; — sein Eifer muß erkalten, wenn er sieht, daß alle seine Bemühungen vergeblich sind, vergeblich, weil es die Gefangenaufseher an manchen Gefangenhäusern nicht der Mühe werth halten, die eingelieferten Verbrecher festzuhalten, oder, weil es überhaupt an genügender Aufsicht über solche Anstalten mangelt.

Möchte es daher den betreffenden Aufsichtsbehörden gefallen, Einrichtungen zu treffen, die hinreichend sind, solche Zustände zu beseitigen, denn die Bewohner eines Staates, wie der unsere, haben gerechten Anspruch auf genügenderen Schutz. Geschieht dies nicht, so wird der Geist der Unzufriedenheit, der in vergangener und gegenwärtiger Zeit so vielfach Nahrung gefunden hat, immer mächtiger und verderblicher. Wir wünschen zwar den Polizeistaat in gewissem Sinne nicht zurück, aber in Bezug auf den oben beregten Gegenstand ist unnachsichtige Strenge nothwendig.

χ Bromberg, den 4. Jan. In den benachbarten ländlichen Gemeinden stehen jetzt mehrere Schulen ohne Lehrer da, weil das geringe Einkommen derselben die Bewerber sehr häufig von der Annahme abschreckt. Es gehört in unseren Regierungsbezirk übrigens nicht zu den Seltenheiten, daß ein Landschullehrer nur 30 Thlr. baares Einkommen bezieht; alle in dieser Beziehung von dem hiesigen und benachbarten Kreisausschüssen an das Ministerium gerichteten Petitionen sind noch immer ohne Erfolg geblieben. — In der heutigen Neuwahl zu einer Deputirtenstelle für die 2. Kammer wurde der aus derselben geschiedene Medicinal-Rath Dr. Behr wiedergewählt. Es war nur die Hälfte der Wahlmänner erschienen. Der Rival des Genannten war der Regierungsrath Hoffmann, welcher jedoch mit seiner Bewerbung nicht offen aufgetreten war. Auch der Major v. Vogts-Rheetz erhielt einige Stimmen.

≅ Wongrowiec, den 6. Januar. Wenn ich nicht irre, so las ich unlängst in Ihrer Zeitung eine Correspondenz aus Inowraclaw, die uns von Bällen der dortigen politischen Parteien berichtete. Wir konnten daraus entnehmen, daß man selbst in geselliger Beziehung in jener Stadt sich noch immer schroff gegenübersteht. Bei uns ist das nicht mehr der Fall; es hat sich hier vielmehr neuerdings eine Ressourcengesellschaft constituirt, in der alle politischen und nationalen Schattirungen vertreten sind. Der gemeinsame Zweck Aller wird vollkommen erreicht; man amüsirt sich wieder gemeinschaftlich. Die Gruppirungen haben aufgehört; man scherzt, lacht und tanzt wieder fröhlich mit einander, und man thut Recht daran, denn es giebt der Annehmlichkeiten und Vergnügungen in unseren kleinen Provinzial-Städten so überaus wenige, daß man Denen besondern Dank wissen muß, die wesentlich zur Hebung der Geselligkeit beitragen. Bei uns haben die Offiziere der hier cantonirenden 3ten und 4ten Kompagnie des 4ten Infanterie-Regiments durch ihr humanes Benehmen vorzugsweise diesen Dank verdient, indem sie namentlich die düstere Stimmung zu bannen suchten, die seit den letzten zwei Jahren drückend auf unserer kleinen Gesellschaft lagerte. Unser wennschon kleinstädtisches Leben ist doch wieder, wie vor Jahren, ein gemüthliches geworden.

Verantw. Redakteur: C. E. H. Violet.

Zu der Rectifikation mit Litt. C. in der Nr. 4. der Posener Zeitung, muß ich noch zufügen, daß ich mich überzeugt habe, daß zwischen den HH. Krotowski und Lieutenant der Artillerie, Conrad, keine Beleidigung stattgefunden hat, und dies noch vor der Publikation des, falsche Thatsachen enthaltenden Artikels, bereits ausgeglichen war.

Vladimir v. Biernacki.

Angekommene Fremde.

Vom 6. Januar.

Bazar: Gutsb Szczaniecki a. Brody; Gouvernante Grimm a. Brody; die Pächter Tesko a. Tarnowo u. Bojanowski a. Rackawek; die Gutsb. Kaminski a. Ostrowo u. Paliszewski a. Gembic; Stud. Waligórski a. Berlin.
Lauk's Hôtel de Rome: Die Kaufl. Weber a. Aachen; Glaatze a. Frankfurt a. M. u. Jäger a. Greifswalde.
Hôtel de Bavière: Landrath v. Haza a. Samter; Oberpostsekr. Bachetter a. Dirschau; Lithograph Bellach a. Bromberg; Gutsb. v. Skarzynski a. Splawie; die Gutsp. a. Kierski a. Marzynowo u. Neymann a. Lisowki; Wirthsch.-Insp. Wagner a. Siedlec; Kfm Caro a. Breslau.
Hôtel de Vienne: Die Gutsb. v. Koczorowski a. Modliszewo u. v. Łącki a. Posadowo.
Goldene Gans: Kammerherr Graf Garczynski a. Berlin.
Hôtel de Dresde: Rechts-Anwalt Martini a. Grätz.
Hôtel de Berlin: Geschäfts-Reisender Hillert a. Berlin; Gutsb. v. Plonskowski a. Plock in Polen.
Hôtel de Hambourg: Die Bürger Mann a. Szadrowo; Chrzanowski a. Chwalkowice u. Kotarski a. Otoczno.
Große Eiche: Pächter Wojtowski a. Brudzewo; Referend. Wojtowski a. Schrimm; Wirth Trzecki a. Bieganowo.
Im eichnen Born: Handelsm. Reschke a. Lissa.

Vom 7. Januar.

Bazar: Eigenth. Magdzinski a. Samter; Pächter Kowalski a. Uzarzewo; die Gutsb. Niegolewski a. Niegolewo u. Krazianowski a. Kalisch Rentier Grabowski a. Kalisch; Sänger Laszewski a. Kalisch.
Lauk's Hôtel de Rôme: Apotheker Paulke a. Wronke; die Kaufl. Keit a. Berlin; Richter a. Naumburg a. S.; Bürgermstr. Nellberi a. Obrzycko.
Hôtel de Bavière: Die Gutsb. Graf Bninski a. Glesno; Stiller a. Lomnitz und Szenyc a. Trzcielino; Frau Gutsb. v. Kierska a. Gzzawa; Partik. v. Kierski a. Gzzawa; Offizier Baron v. Buddenbrock a. Stettin; Oberamtm. Burghardt a. Pudewitz; Kfm. Rüffer a. Ronffach.
Hôtel de Dresde: Landrath v. Reichmeister a. Obornik; Gutsb. v. Radziszewski a. Grumkowo.
Hôtel à la ville de Rôme: Die Gen.-Bevollmächt. Tulodziecki a. Dąbrowo u. Bakowski a. Ottorowo; Gutsb. Tomicki a. Chyby
Hôtel de Berlin: Die Gutsb. v. Otocki a. Chwalibogowo; v. Kirschenstein a. Simianowo; v. Kaykowski a. Katarzynowo u. Meißner a. Bogdanowo; Wirthsch.-Kammiss. Hildebrandt a. Dakowemokre
Hôtel de Paris: Die Gutsb. Dunin a. Lechlin u. Zabłocki a. Gorazdowo; Müller Jesche a. Wągrowiec.
Hôtel de Pologne: Drechslermstr. Jaglin a. Obrzycko; Töpfermstr. Richter a. Obrzycko.
Weißer Adler: Kfm. Rosen a. Heidelberg in Baden; Gutsb. Nehring a. Nehringswalde.
Im Eichenkranz: Die Kaufl. Boas a. Schwerin a. W. u. Dessauer a. Würzburg; Doktor Gerson a. Exin; die Kaufl. Gerson a. Inowraclaw; Streich u. Levy a. Birnbaum.
Drei Lilien: Probsteipächter Kujawinski a. Polajewo; Oekonom Rajewicz a. Obiezierze; Gutsb. Jordan a. Chomencice.
Zur Krone: Kfm. Meyer a. Neustadt b. P.

Markt-Bericht.

Berlin, den 5. Januar.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 52—56 Rthlr. Roggen loco und schwimmend $26\frac{1}{2}$—$28\frac{1}{2}$ Rthlr., pr. Frühjahr $27\frac{3}{4}$ Rthlr. Br., $27\frac{1}{2}$ bez. u. G., pr. Mai-Juni $28\frac{1}{4}$ Rthlr., 28 bez. u. G. Gerste, große loco 23—25 Rthlr., kleine 20—22 Rthlr. Hafer loco nach Qualität 16—18 Rthlr., pr. Frühjahr 50pfd. 16 Rthlr. Erbsen, Kochwaare 34—40 Rthlr., Futterwaare 29—32 Rthlr. Rüböl loco $13\frac{2}{3}$ Rthlr. bez. u. Br., pr. Januar $13\frac{5}{8}$ Rthlr. bez. u. Br., Jan.-Febr. $13\frac{1}{2}$ a $\frac{5}{12}$ Rthlr. verk., $13\frac{5}{12}$ Br., Febr.-März $13\frac{1}{3}$ Rthlr. verk., $13\frac{3}{8}$ Br., März-April $13\frac{1}{4}$ Rthlr. Br., $13\frac{1}{6}$ G., April-Mai $13\frac{1}{6}$ Rthlr. bez. u. Br., $13\frac{1}{2}$ u. $\frac{1}{8}$ G. Leinöl loco $12\frac{1}{6}$ Rthlr. Br., pr. Frühjahr $11\frac{5}{12}$ Rthlr. Br., $11\frac{1}{3}$ G. Mohnöl $15\frac{1}{2}$ Rthlr. Palmöl $12\frac{3}{4}$ a 13 Rthlr. Hanföl 14 Rthlr. Südsee-Thran $12\frac{3}{4}$ Rthlr.

Berliner Börse.

Den 5. Januar 1850.	Zinsf.	Brief.	Geld.
Preussische freiw. Anleihe	5	107	—
Staats-Schuldscheine	$3\frac{1}{2}$	$89\frac{1}{4}$	—
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	—	102
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	$3\frac{1}{2}$	—	—
Berliner Stadt-Obligationen	5	106	—
Westpreussische Pfandbriefe	$3\frac{1}{2}$	$90\frac{1}{2}$	90
Grossh. Posener "	4	$100\frac{7}{12}$	$100\frac{1}{12}$
" "	$3\frac{1}{2}$	$91\frac{3}{4}$	$91\frac{1}{4}$
Ostpreussische "	$3\frac{1}{2}$	$94\frac{3}{4}$	$94\frac{1}{4}$
Pommersche "	$3\frac{1}{2}$	96	$95\frac{1}{2}$
Kur- u. Neumärk. "	$3\frac{1}{2}$	96	$95\frac{5}{6}$
Schlesische "	$3\frac{1}{2}$	—	$94\frac{1}{2}$
" v. Staat garant. L. B.	$3\frac{1}{2}$	—	—
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	94	93
Friedrichsd'or	—	$13\frac{7}{12}$	$13\frac{1}{12}$
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	$12\frac{3}{4}$	$12\frac{1}{4}$
Disconto	—	—	—
Eisenbahn-Actien (voll. eingez.)			
Berlin-Anhalter A. B.	4	—	$89\frac{1}{2}$
" Prioritäts-	4	—	96
Berlin-Hamburger	4	—	$80\frac{1}{2}$
" Prioritäts-	$4\frac{1}{2}$	—	$100\frac{1}{2}$
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	—	$69\frac{1}{2}$
" " Prior. A. B.	4	95	95
" " "	5	—	$102\frac{1}{2}$
Berlin-Stettiner	4	$105\frac{3}{4}$	—
Cöln-Mindener	$3\frac{1}{2}$	—	96
" Prioritäts-	$4\frac{1}{2}$	$101\frac{1}{4}$	—
Magdeburg-Halberstädter	4	141	—
Niederschles.-Märkische	$3\frac{1}{2}$	—	$85\frac{3}{4}$
" Prioritäts-	4	$96\frac{1}{4}$	$96\frac{1}{4}$
" "	5	$104\frac{3}{4}$	—
" " III. Serie	5	—	$103\frac{1}{2}$
Ober-Schlesische Litt. A.	$3\frac{1}{2}$	$107\frac{1}{2}$	—
" " B.	$3\frac{1}{2}$	—	$104\frac{3}{4}$
Rheinische	—	—	—
" Stamm-Prioritäts-	4	$78\frac{1}{2}$	—
" Prioritäts-	4	—	—
" " v. Staat garantirt	$3\frac{1}{2}$	—	—
Thüringer	4	—	$67\frac{1}{4}$
Stargard-Posener	$3\frac{1}{2}$	—	$85\frac{1}{4}$

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.

Am 5. d. M. ist ein rother Sammet-Shawl verloren worden. Der ehrliche Finder wird ersucht, denselben gegen eine angemessene Belohnung in der Zeitungsexpedition von W. Decker & Comp. abzugeben.